



Bürgerbefragung öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen

2010

Impressum

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Quelle: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
Umfrage-Redaktionschluss: 30. Juni 2010

Redaktion: Dr. Frank Zitka, dbb

Herstellung: L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Inhalt

Zum Geleit.....	7	
Datengrundlage.....	9	
1. Das Bild des öffentlichen Dienstes		
1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes.....	12	
1.2 Das Beamtenprofil.....	14	
1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	22	
1.4 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten	24	
2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst		
2.1 Inanspruchnahme von Behörden	30	
2.2 Bürger und Verwaltung	32	
3. Staat und Privatisierungen		
3.1 Die Rolle des Staats und das Ausmaß der Bürokratie	36	
3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?.....	39	
4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheiten und Erwartungen		
4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation	46	
4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen	50	
5. Zusammenfassung		58



Zum Geleit

Mit der „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2010“ legen das Meinungsforschungsinstitut forsa und der dbb beamtenbund und tarifunion zum vierten mal eine umfassende demoskopische Erhebung zu Kernthemen des öffentlichen Dienstes und der staatlichen Aufgabenerfüllung vor. Damit bietet sich jetzt die Möglichkeit, längerfristige Entwicklungslinien und Einstellungsänderungen im Urteil der Bürger über die staatlichen Leistungen und deren Garanten zu dokumentieren. Gleichzeitig können Veränderungen im Selbstbild der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes besser nachgezeichnet werden.

Der Meinungstrend der letzten Jahre ist dabei eindeutig. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen verlassen sich die Bürgerinnen und Bürger besonders auf die Kontinuität und Qualität staatlicher Dienstleistungen: Das Ansehen der Beschäftigten wächst. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass dieser positive Imagewandel des öffentlichen Dienstes auch nach Abflauen der Krise im Wesentlichen anhält und die Umfragewerte nicht auf ihr Ausgangsniveau zurückfallen. Hier scheint es einen langfristigen Lerneffekt zu geben: Für die Menschen ist der Staat nicht mehr vor allem Kostenfaktor, sondern sie verlassen sich darauf, dass er ihnen eine verlässliche Grundversorgung sichert.

Wenngleich manche Urteile, Vorurteile und Klischees über den öffentlichen Dienst weiter Bestand haben und die Flexibilität, Bürgerorientierung und Leistungsbereitschaft, die längst Selbstverständlichkeiten im dienstlichen Alltag sind, immer noch nicht zufriedenstellend mit den rund 3,8 Millionen Beschäftigten des Staates in Verbindung gebracht werden, ist diese generell positive Imageverbesserung ebenso nachhaltig wie begrüßenswert.

Für zukünftige Diskussionen um eine weitere Modernisierung und Stärkung des öffentlichen Dienstes sind umfassende Daten genauso wichtig wie ein fairer Umgang mit den Themen und damit eine versachlichte Debatte. Hierfür liefert die Bürgerbefragung 2010 erneut eine sehr gute Basis.

Berlin, im September 2010



(Peter Heesen)

– Bundesvorsitzender –

125
4,587. +
568. +
9,874. +
65,892.
6,589
2,15
5,8
23

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2010 zum vierten Mal untersucht, wie die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welches Bild sich bei ihnen von den Behörden und ihren Bediensteten verfestigt hat, welche Erfahrungen sie mit Behörden gemacht haben und welche Erwartungen sie an den Staat als Dienstleister im Wettbewerbsumfeld mit privaten Anbietern öffentlicher Leistungen haben. Geprüft wurde 2010 wie schon in den drei Vorjahren auch, inwieweit die Selbsteinschätzung der öffentlich Bediensteten mit der Einschätzung der Bevölkerung übereinstimmt bzw. davon abweicht. Die öffentlich Bediensteten wurden zudem nach der Zufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Die Erhebungen für diesen vierten „öffentlichen Dienst-Monitor“ fanden 2010 im Juni statt. Befragt wurden insgesamt 3.002 Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews. 1.001 der insgesamt Befragten waren Angehörige des öffentlichen Dienstes (411 Beamte; 590 Tarifangehörige). Die Auswahl der Befragten erfolgte wie in den Vorjahren nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger sowie die befragten Beamten und Tarifangehörigen ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre) sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind somit lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. ± 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten übertragbar. Die Ergebnisse des vierten „öffentlichen Dienst-Monitors“ werden soweit möglich mit den 2007, 2008 und 2009 ermittelten Befunden des ersten, zweiten und dritten Monitors verglichen, um so Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten.





Das Bild des öffentlichen Dienstes

1. Das Bild des öffentlichen Dienstes

1.1 Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

2010 fällt das Interesse am öffentlichen Dienst fast ebenso groß aus wie 2009. 50 Prozent der Gesamtbevölkerung haben 2010 nach eigenen Angaben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen. 2009 waren es 52 Prozent.

Dabei ist das Interesse am öffentlichen Dienst 2010 wie schon 2007, 2008 und 2009 überdurchschnittlich groß bei den Selbständigen, bei den über 45-Jährigen und den Anhängern der Oppositionsparteien. Deutlich weniger als der Durchschnitt aller Bürger interessieren sich auch 2010 die unter 30-Jährigen für das, was über den öffentlichen Dienst berichtet wird.

Das Interesse der öffentlich Bediensteten an Vorgängen aus ihrem Tätigkeitsfeld ist erwartungsgemäß auch 2010 größer als das der „Durchschnittsbürger“. Dabei zeigen sich allerdings weiterhin Unterschiede im Grad des Interesses bei den Beamten und den Tarifangehörigen. Während sich 69 Prozent der Beamten für das Geschehen im Umfeld des öffentlichen Dienstes interessieren, ist das Interesse der Tarifangehörigen mit 59 Prozent weniger stark als bei den Beamten. Männer unter den öffentlich Bediensteten haben häufiger als Frauen etwas über den öffentlichen Dienst wahrgenommen.

> Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes

	Es haben in der letzten Zeit etwas über den öffentlichen Dienst bzw. die Beamten gehört oder gelesen							
	Bevölkerung				öffentlich Bedienstete			
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %
insgesamt	54	60	52	50	68	74	63	63
Beamte	–	–	–	–	76	82	73	69
Tarifangehörige	–	–	–	–	60	67	55	59
Arbeiter	45	50	47	49	–	–	–	–
Angestellte	53	61	57	51	–	–	–	–
Selbstständige	59	67	60	56	–	–	–	–
Männer	58	63	56	53	72	79	69	68
Frauen	51	57	48	47	64	70	58	59
14- bis 29-Jährige	41	46	40	35	48	55	52	53
30- bis 44-Jährige	50	56	52	47	66	73	60	62
45- bis 59-Jährige	63	71	62	56	72	81	67	66
60 Jahre und älter	64	68	56	56	82	67	61	64
Ost	56	59	53	51	62	74	61	61
West	54	60	52	49	69	74	64	64
Anhänger der:								
CDU/CSU	57	65	51	50	–	–	–	–
SPD	56	61	56	54	–	–	–	–
FDP	63	69	59	46	–	–	–	–
Grünen	59	70	55	55	–	–	–	–
Linkspartei	70	68	60	54	–	–	–	–
Nichtwähler	51	52	45	52	–	–	–	–

Wie im Vorjahr sind auch 2010 die am häufigsten wahrgenommenen Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst die Tarifverhandlungen und Streiks. 37 Prozent derer, die Berichte über den öffentlichen Dienst wahrgenommen hatten, geben das an. 2010 wurden zusätzlich von jeweils 10 Prozent die Diskussionen um Altersvorsorge und Pensionen sowie der Abbau von Beamtenstellen wahrgenommen. Ebenfalls wurden 2010 vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise Berichte wahrgenommen, die die Stellen im öffentlichen Dienst als „sichere Jobs“ darstellen.

Gesunken ist 2010 im Vergleich zu 2009 der Anteil derer, die Berichte über Lehrer, über die Post, Telekom oder Bahn sowie über die Verwaltung vor Ort wahrgenommen haben. Der Anteil derer, die negative Berichte über den öffentlichen Dienst bzw. Berichte über negative Erfahrungen, Unzulänglichkeiten oder bürokratische Hemmnisse wahrgenommen haben, ist 2010 weiter gesunken. Nur noch 9 Prozent geben an, allgemeine negative Berichte wahrgenommen zu haben.

> Wahrgenommene Inhalte der Berichterstattung über den öffentlichen Dienst*)

	Bevölkerung			öffentlich Bedienstete
	2008 %	2009 %	2010 **) %	
Tarifrunde, Tarifabschluss	38	24	25	34
Streik im öffentlichen Dienst	17	12	12	9
allgemeine Besoldungsprobleme	6	12	4	7
Altersvorsorge, Pensionen, Rente	–	–	10	–
Abbau von Beamtenstellen, längere Arbeitszeit	–	–	10	–
Berichte über:				
Lehrer	4	7	5	10
Polizei	2	3	2	2
Post, Telekom, Bahn	4	8	1	–
Stadtverwaltung	–	4	2	–
Einsturz Kölner Stadtarchiv	–	1	–	–
Streik: Bahn, Lokführer	–	–	1	–
Sicherer Job, Vergünstigungen	–	–	7	–
Strukturreform/Beamten-/ Angestelltenstatus	–	–	2	–
Persönliche Beziehung zum öffentlichen Dienst	–	–	2	1
generell negative Berichte	22	11	9	8
weiß nicht mehr	10	15	14	9

*) Basis: Diejenigen, die etwas über den öffentlichen Dienst gehört oder gelesen haben

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

1.2 Das Beamtenprofil

Obwohl das Profil der Beamten bereits 2007 und 2008 recht positiv ausfiel, war der Anteil derer, die den Beamten positive Eigenschaften zuschrieben, 2009 noch angestiegen. 2010 konnte das 2009 erreichte Niveau im Wesentlichen gehalten werden. So bezeichnen 2010 77 Prozent die Beamten als pflichtbewusst, 75 Prozent als verantwortungsbewusst, 70 Prozent als rechtschaffen, 72 Prozent als zuverlässig und jeweils 64 Prozent als kompetent und hilfsbereit.

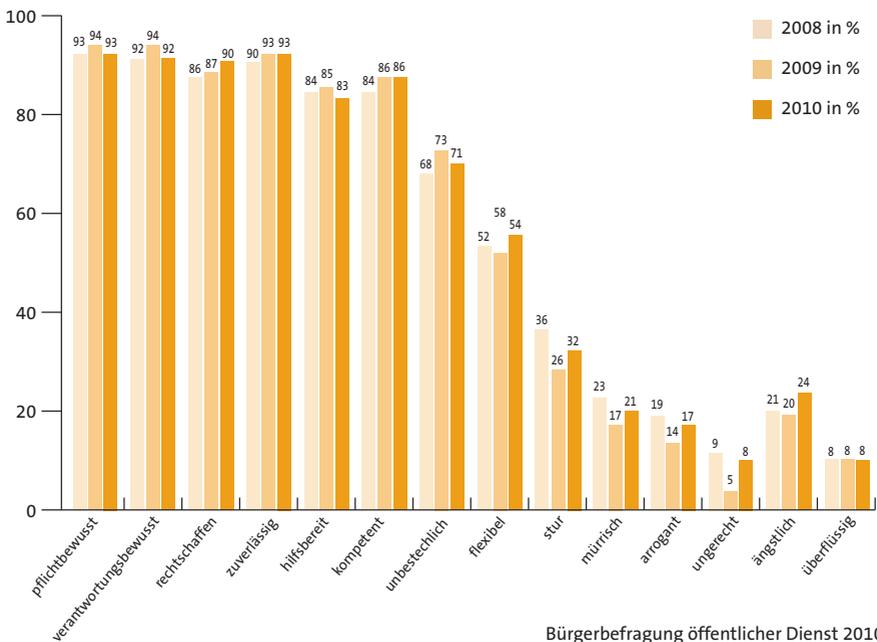
Einige eher negative Eigenschaften wurden 2010 wieder etwas häufiger, jedoch nicht so oft wie 2007 und 2008 genannt. So wird die Eigenschaft „stur“ den Beamten 2010 von 50 Prozent zugewiesen. Als mürrisch oder arrogant bezeichnen 2010 38 bzw. 37 Prozent die Beamten.

> Beamtenprofil 2010: Fremdbild

	Bevölkerung			
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %
pflichtbewusst	75	76	78	77
verantwortungsbewusst	70	71	72	75
rechtschaffen	67	67	70	70
zuverlässig	66	67	70	72
hilfsbereit	57	59	66	64
kompetent	59	60	64	64
unbestechlich	37	38	45	44
flexibel	28	28	34	32
stur	54	51	48	50
mürrisch	43	40	36	38
arrogant	41	40	33	37
ungerecht	26	21	20	19
ängstlich	20	20	20	23
überflüssig	24	22	20	21

Das Selbstbild der Beamten ist erwartungsgemäß auch 2010 freundlicher als das der Bevölkerung insgesamt. So ordnen sich die Beamten alle positiven Eigenschaften deutlich häufiger, fast alle negativen Eigenschaften deutlich seltener zu als die Bürger insgesamt. Eine Mehrheit der Beamten hält sich – anders als die Bevölkerung – für unbestechlich und flexibel.

> Beamtenprofil: Selbstbild



In den neuen Ländern wird den Beamten generell auch 2010 wie schon 2007, 2008 und 2009 ein weniger freundliches Profil zugeschrieben, als in den alten Bundesländern.

Die jüngeren, unter 30 Jahre alten Bürger halten die Beamten häufiger als die älteren, über 60 Jahre alten Bürger für verantwortungsbewusst, aber auch für mürrisch und ungerecht. Die älteren Bürger halten die Beamten hingegen für rechtschaffener und flexibler, aber auch für arroganter und ängstlicher als die jüngeren. Sie meinen zudem fast doppelt so häufig als die Jüngeren, dass die Beamten überflüssig seien.

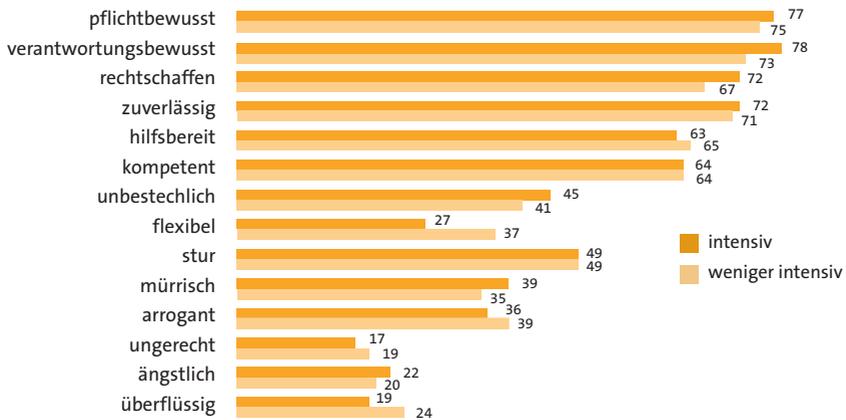
> Beamtenprofil 2010: Ost, West; Junge, Alte

	Ost	West	14- bis 29-Jährige	über 60-Jährige
	%	%	%	%
pflichtbewusst	67	79	79	80
verantwortungsbewusst	67	77	81	75
rechtschaffen	60	73	69	73
zuverlässig	64	74	74	72
hilfsbereit	58	66	66	65
kompetent	59	66	68	66
unbestechlich	38	45	46	44
flexibel	32	32	33	39
stur	47	50	50	47
mürrisch	35	38	41	29
arrogant	40	37	34	40
ungerecht	22	18	22	17
ängstlich	25	22	15	25
überflüssig	26	20	13	25

Wie auch in den Vorjahren lassen sich so gut wie keine Unterschiede zwischen den Einschätzungen der Bürger finden, die häufig Kontakt mit Behörden haben und denen, die selten Kontakt haben.

Es zeigt sich lediglich, dass die „Intensiv-Nutzer“ von Behörden die Beamten aufgrund ihrer Erfahrungen etwas häufiger für verantwortungsbewusst und rechtschaffen halten, aber auch für mürrisch. Im Vergleich zu den Wenig-Nutzern schätzen sie die Beamten zudem seltener als flexibel ein.

> Beamtenprofil 2010 nach Intensität des Behördenkontaktes



Wie in den Vorjahren glaubt 2010 wiederum nur eine Minderheit der Bürger (13 Prozent), dass das Ansehen der Beamten bei den Bürgern hoch sei. Ebenso stabil wie in ihrer Einschätzung des Ansehens der Beamten bei der Bevölkerung insgesamt, bleiben die Befragten auch in ihrem persönlichen Urteil: 19 Prozent sagen 2010 von sich, die Beamten stünden bei ihnen in niedrigem Ansehen, während 30 Prozent angeben, ein hohes Ansehen von den Beamten zu haben. Sowohl die Beamten selbst als auch die Tarifangehörigen glauben, dass die Beamten bei den Bürgern kein hohes Ansehen haben. Die Beamten schätzen ihre Zunft selbst recht positiv ein. Bei den Tarifangehörigen haben die Beamten ein etwas höheres Ansehen als bei der Bevölkerung insgesamt.

> Einschätzung des Ansehens der Beamten

	eingeschätztes Ansehen bei den Bürgern generell		persönliches Ansehen	
	hoch %	niedrig*) %	hoch %	niedrig*) %
Bevölkerung insgesamt:				
2007	13	47	28	24
2008	13	44	27	20
2009	14	40	31	20
2010	13	42	30	19
Beamte	11	42	54	5
Tarifangehörige	13	45	34	12
Arbeiter	14	44	23	33
Angestellte	10	46	26	17
Selbständige	7	45	21	21
14- bis 29-Jährige	18	40	31	17
30- bis 44-Jährige	11	48	25	17
45- bis 59-Jährige	10	45	26	23
60 Jahre und älter	14	37	35	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders hoch noch besonders gering“

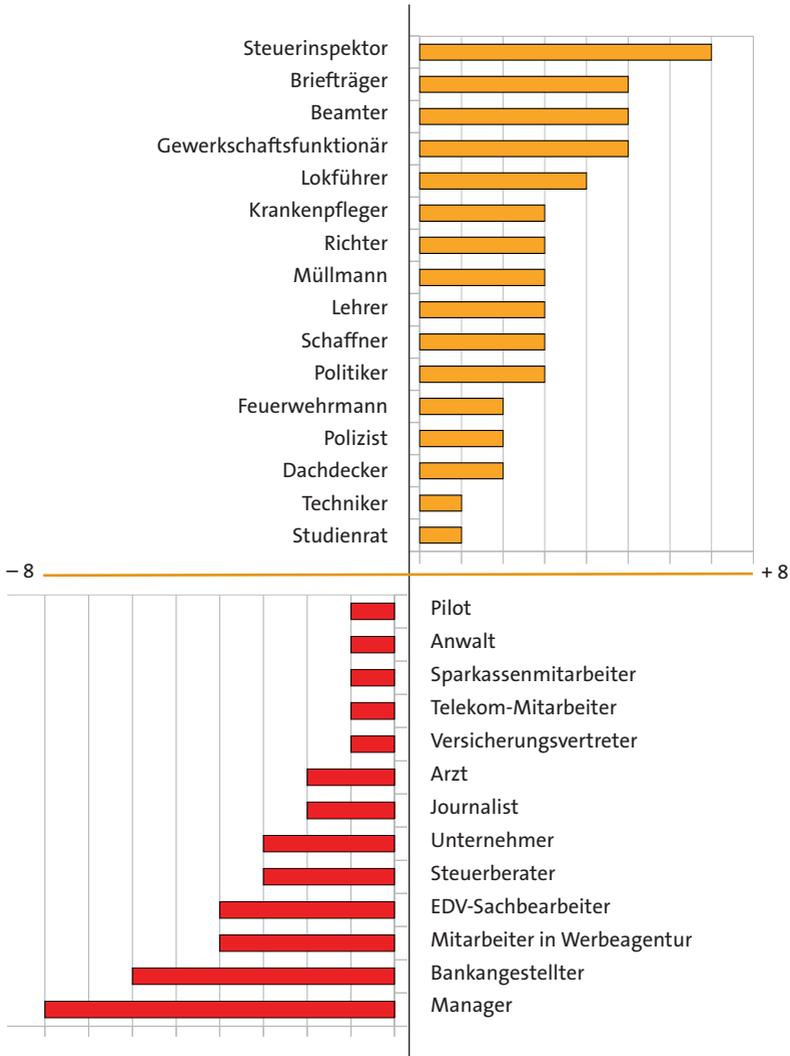
Die Befragten wurden auch 2010 wieder gebeten, bei 29 Berufen anzugeben, wie hoch die jeweiligen Berufe bei ihnen angesehen sind. Das höchste Ansehen genießt 2010 unverändert ein Feuerwehrmann, gefolgt vom Krankenpfleger sowie einem Piloten und dem Arzt. Das niedrigste Ansehen haben auch 2010 Versicherungsvertreter, Telekom-Mitarbeiter, Mitarbeiter einer Werbeagentur und Politiker. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich das Ansehen von Richtern, Polizisten, Lokführern und Steuerinspektoren etwas verbessert. Verschlechtert hat sich 2010 hingegen das Ansehen von Sparkassenmitarbeitern, Bankangestellten und Steuerberatern.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

	2007	2008	2009	2010	Veränderung
	%	%	%	%	2007 – 2010
Feuerwehrmann	90	91	93	92	+ 2
Krankenpfleger	85	86	88	88	+ 3
Pilot	*)	85	86	84	- 1*)
Arzt	86	85	84	84	- 2
Richter	77	79	78	80	+ 3
Polizist	78	78	78	80	+ 2
Lokführer	*)	65	67	69	+ 4*)
Müllmann	63	64	67	66	+ 3
Lehrer	63	63	67	66	+ 3
Techniker	*)	63	64	64	+ 1*)
Unternehmer	61	60	58	58	- 3
Anwalt	58	60	58	57	- 1
Dachdecker	58	57	62	60	+ 2
Briefträger	52	54	59	57	+ 5
Studienrat	53	52	53	54	+ 1
Steuerberater	47	47	47	44	- 3
Journalist	47	45	46	45	- 2
EDV-Sachbearbeiter	43	41	39	39	- 4
Bankangestellter	38	41	36	32	- 6
Schaffner	36	39	38	39	+ 3
Sparkassenmitarbeiter	33	37	37	32	- 1
Manager	37	36	28	29	- 8
Beamter	27	31	33	32	+ 5
Steuerinspektor	28	31	32	35	+ 7
Gewerkschaftsfunktionär	23	25	28	28	+ 5
Politiker	20	21	23	23	+ 3
Mitarbeiter in Werbeagentur	18	17	16	14	- 4
Telekom-Mitarbeiter	17	14	16	16	- 1
Versicherungsvertreter	11	12	12	10	- 1

*) 2007 nicht abgefragt

> „Gewinner“ und „Verlierer“ seit 2007



Das Ansehen einzelner Berufsgruppen unterscheidet sich nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland. So haben die Krankenpfleger, die Lokführer, die Müllmänner, Lehrer, Techniker, Dachdecker, Briefträger, EDV-Sachbearbeiter, Bankangestellte, Schaffner, Sparkassenmitarbeiter und Telekom-Mitarbeiter ein deutlich größeres Ansehen in Ost- als in Westdeutschland. Richter, Studienräte und Mitarbeiter in einer Werbeagentur hingegen haben im Osten des Landes ein niedrigeres Ansehen als im Westen.

> Ansehen einzelner Berufsgruppen

	Bevölkerung	
	Ost %	West %
Feuerwehrmann	95	91
Krankenpfleger	94	87
Pilot	87	83
Arzt	86	84
Richter	76	80
Polizist	79	80
Lokführer	81	66
Müllmann	76	64
Lehrer	73	64
Techniker	75	62
Unternehmer	60	58
Anwalt	56	57
Dachdecker	71	57
Briefträger	69	54
Studienrat	49	55
Steuerberater	46	44
Journalisten	43	46
EDV-Sachbearbeiter	46	37
Bankangestellter	39	30
Schaffner	51	36
Sparkassenmitarbeiter	41	31
Manager	26	29
Beamter	30	32
Steuerinspektor	33	35
Gewerkschaftsfunktionär	26	28
Politiker	20	24
Mitarbeiter in Werbeagentur	9	14
Telekom-Mitarbeiter	21	15
Versicherungsvertreter	14	10

Beamte haben bei den unter 30-Jährigen ein höheres Ansehen als in den anderen Altersgruppen. Das Ansehen ist 2010 bei Anhängern der CDU/CSU und der SPD größer als bei den Anhängern der anderen Parteien.

> Ansehen der Beamten 2010

		%
insgesamt		32
14- bis 29-Jährige		38
30- bis 44-Jährige		28
45- bis 59-Jährige		27
60 Jahre und älter		35
Arbeiter		28
Angestellte		28
Selbstständige		21
Anhänger der:	CDU/CSU	37
	SPD	36
	FDP	26
	Grünen	24
	Linkspartei	26

Es zeigt sich also auch 2010, dass nach wie vor viele Berufe aus dem Bereich der öffentlichen Dienstleistung, die in der Regel auch den Beamtenstatus haben, sehr hoch bewertet werden, während der „Beamte“ an sich demgegenüber ein eher niedriges Ansehen hat.

1.3 Einschätzung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Den Befragten wurden wie schon 2007, 2008 und 2009 auch 2010 acht Aussagen über den öffentlichen Dienst vorgelegt:

1. „Die öffentliche Verwaltung ist viel zu stark aufgebläht und kostet zu viel.“
2. „Die öffentliche Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher.“
3. „Heutzutage wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden.“
4. „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich.“
5. „Die öffentliche Verwaltung ist im Vergleich zur freien Wirtschaft viel zu schwerfällig.“
6. „Weil es heute immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt.“
7. „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger in gleichem Maße mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“
8. „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen.“

Zu jeder Aussage wurde der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung ermittelt.

Zwei der Aussagen („Starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“ und „Versorgung aller Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen“) können als Gradmesser interpretiert werden, in welchem Maße der Staat bzw. Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in der heutigen Zeit für erforderlich gehalten werden.

Die anderen sechs Aussagen beziehen sich eher auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Effizienz des öffentlichen Dienstes.

Die Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen wird 2010 im Vergleich zum Vorjahr etwas geringer gesehen, jedoch noch immer in stärkerem Maße als 2008: 80 Prozent halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich und 58 Prozent glauben, dass der öffentliche Dienst eine flächendeckende Versorgung garantiert.

Die Effizienz der öffentlichen Verwaltung wird 2010 unterschiedlich bewertet: Während sich der positive Trend des letzten Jahres bei einigen Aspekten fortsetzt (weniger Befragte halten die öffentliche Verwaltung für zu aufgebläht und sehen die Freiheit des Bürgers durch bürokratische Vorschriften eingeschränkt), kann in anderen Aspekten der Vorjahresstand nicht gehalten werden. Trotzdem werden bis auf die Schwerfälligkeit der Verwaltung alle Effizienz-Aspekte positiver eingeschätzt, als es 2008 der Fall war.

> Staat und Bürokratie: Notwendigkeit und Effizienz

		2008	2009	2010
		%	%	%
Notwendigkeit:				
– „In einem Staat, der viel für seine Bürger tun will, ist eine starke öffentliche Verwaltung unerlässlich“	ja	76	82	80
	nein	22	17	19
– „Der öffentliche Dienst garantiert, dass alle Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden“	ja	54	61	58
	nein	43	38	40
Effizienz:				
– „Die öffentliche Verwaltung ist zu aufgebläht und kostet zu viel“	ja	78	76	75
	nein	19	22	23
– „Die Verwaltung ist viel zu schwerfällig“	ja	81	78	81
	nein	16	19	16
– „Wenn es immer mehr Bürokratie und bürokratische Vorschriften gibt, wird die Freiheit des einzelnen Bürgers immer stärker eingeschränkt“	ja	80	76	74
	nein	20	23	25
– „Es wird viel zuviel verwaltet. Es sollte mehr der eigenen Initiative der Bürger überlassen werden“	ja	75	72	73
	nein	24	27	26
– „Die Verwaltung ist heute viel bürgerfreundlicher als früher“	ja	58	63	62
	nein	35	28	32
– „Öffentliche Verwaltungen sind heute genauso leistungsfähig wie große Wirtschaftsunternehmen“	ja	28	36	33
	nein	67	60	63

1.4 Der öffentliche Dienst aus Sicht seiner Bediensteten

2010 meinen 32 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass sie über ein geringes Ansehen in der Öffentlichkeit verfügen. Obwohl dieser Anteil etwas größer ausfällt als 2009, bleibt er doch deutlich unter den Werten von 2007 und 2008.

Der Anteil derjenigen, die meinen, dass Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit sei groß, ist im Vergleich zu 2009 stabil bei 20 Prozent geblieben.

› Vermutetes Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit

(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Das Ansehen des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ist			
		groß %	„normal“ (**) %	gering *) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	18	42	40
	2008	16	47	37
	2009	20	51	29
	2010	20	47	32
Beamte		16	49	35
Tarifangehörige		24	47	29
Ost		24	47	27
West		20	47	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) normal = weder besonders groß, noch besonders gering

Dass die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren freundlicher geworden sei, das glaubt auch 2010 wie schon in den Vorjahren nur eine Minderheit der öffentlich Bediensteten.

Der Anteil derjenigen die glauben, dass die Einstellung zum öffentlichen Dienst in den letzten Jahren unfreundlicher geworden ist, hat 2010 mit 34 Prozent wieder etwas zugenommen.

> Entwicklung der Einschätzung des öffentlichen Dienstes

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Einstellung zum öffentlichen Dienst in der Öffentlichkeit ist in den letzten Jahren		
		freundlicher geworden %	unverändert geblieben %	unfreundlicher geworden %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	14	54	32
	2008	16	50	34
	2009	16	56	28
	2010	14	51	34
Beamte		17	57	26
Tarifangehörige		15	56	29
Ost		8	9	33
West		18	56	26

Ähnlich wie in den Jahren 2008 und 2009, glauben 2010 61 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass die Medien in Deutschland über den öffentlichen Dienst in der Regel nicht objektiv und neutral, sondern wenig objektiv und unfreundlich berichten würden.

Insbesondere die Beamten vertreten diese Meinung.

> Berichterstattung der Medien über den öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Medien berichten über den öffentlichen Dienst alles in allem	
		objektiv und neutral %	nicht objektiv und unfreundlich*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	27	69
	2008	36	60
	2009	35	60
	2010	34	61
Beamte		24	72
Tarifangehörige		41	54
Ost		28	67
West		36	60

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auch die Meinung der öffentlich Bediensteten dazu, ob die Politiker Verständnis für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes hätten oder nicht, bleibt im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil: 33 Prozent sind der Meinung, dass sie Verständnis haben. Demgegenüber stehen 63 Prozent, die der Auffassung sind, die Politiker hätten kein Verständnis für die Probleme des öffentlichen Dienstes.

> Einstellung der Politiker zum öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Politiker haben für die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes Verständnis	
		ja %	nein*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	26	70
	2008	29	66
	2009	32	63
	2010	33	63
Beamte		34	61
Tarifangehörige		33	64
Ost		28	68
West		34	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Vergleich zu den Vorjahren ist 2010 der Anteil derjenigen etwas gesunken, die glauben, dass derzeit keine der politischen Parteien die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt.

Mit 24 Prozent glauben etwas mehr als in den Vorjahren, dass die SPD dies am besten tue. 22 Prozent der öffentlich Bediensteten – Beamte deutlich häufiger als Tarifangehörige – meinen, dass die Union die Interessen des öffentlichen Dienstes am besten vertritt.

> Parteien und öffentlicher Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

Die Interessen des öffentlichen Dienstes vertritt am besten:	öffentlich Bedienstete insgesamt			Beamte	Tarif- ange- hörige	Ost	West
	2008	2009	2010				
	%	%	%				
CDU/CSU	22	23	22	31	16	22	22
SPD	20	21	24	21	25	19	24
FDP	5	4	3	4	3	3	3
Grüne	2	2	2	3	2	1	3
Linkspartei	2	2	2	1	3	2	2
keine Partei *)	49	48	46	40	50	53	45

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“





**Erfahrungen der Bürger
mit dem öffentlichen Dienst**

2. Erfahrungen der Bürger mit dem öffentlichen Dienst

2.1 Inanspruchnahme der Behörden

Nach wie vor werden Behörden von den Bürgern in großem Umfang in Anspruch genommen. So geben auch 2010 fast 80 Prozent aller Bürger an, Kontakt mit einer Behörde gehabt zu haben. Häufigen Kontakt (mindestens einmal pro Monat) hatten 24 Prozent.

> Behördenkontakte

	Es hatten im letzten Jahr Kontakt mit Behörden				Es haben häufig Kontakt (mind. 1-mal pro Monat)			
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %
Bevölkerung insgesamt	84	77	77	77	28	25	23	24
Ost	81	76	78	76	36	31	25	26
West	85	77	77	78	27	23	23	24
14- bis 29-Jährige	90	83	85	81	34	32	28	28
30- bis 44-Jährige	94	87	90	86	37	31	27	29
45- bis 59-Jährige	91	80	84	80	36	24	30	27
60 Jahre und älter	73	64	63	67	15	16	14	15
Arbeiter	94	70	72	72	24	22	17	18
Angestellte	94	85	86	85	33	26	25	26
Selbständige	97	92	90	89	56	49	54	36
Rentner	69	62	62	63	13	14	12	15
„Arme“ ^{**}	72	73	74	77	22	25	25	27
„Reiche“ ^{***}	94	87	86	87	38	31	31	28

*) Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro

**) Haushaltsnettoeinkommen über 3.000 Euro

Jüngere, unter 45 Jahre alte und reichere Bürger nehmen nach wie vor Behörden in größerem Maße in Anspruch als Ältere und ärmere Bürger. Besonders häufig und intensiv haben die Selbständigen Kontakt mit Behörden.

Die meisten Kontakte hatten die Bürger auch im letzten Jahr mit der Kommunalverwaltung. Dabei entfielen 36 Prozent der Kontakte mit der Stadtverwaltung auf An-, Um- bzw. Abmeldevorgänge in den Einwohnermeldeämtern bzw. den Kfz-Zulassungsstellen. 30 Prozent entfielen auf Kontakte mit den „Leistungsverwaltungen“ vor Ort (Bau- oder Ordnungsamt; Jugend-, Sozial-, Gesundheits- oder Schulamt; Kataster- oder Gewerbeamt, etc.). Mit der Finanz- und Steuerverwaltung hatten 37 Prozent im letzten Jahr zu tun. Kontakt zu Rechts- und Ordnungsbehörden (Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft, etc.) hatten wie im Vorjahr 16 Prozent. Elf Prozent hatten Kontakt mit der Arbeitsverwaltung.

> Behördenbesuche

Es hatten im letzten Jahr zu tun mit:	Bevölkerung insgesamt		
	2008 %	2009 %	2010 %
Stadtverwaltung allgemein	21	17	21
Leistungsverwaltung	32	26	30
Meldebehörden	30	31	36
Kreisverwaltung	5	6	6
Finanzverwaltung	36	35	37
„Recht und Ordnung“	17	16	16
Arbeitsverwaltung	10	9	11

2.2 Bürger und Verwaltung

Die Mehrheit der Bürger, die im letzten Jahr eine Behörde aufgesucht hatten, haben alles in allem eher positive Erfahrungen gemacht.

So meinen sogar mehr als in den beiden Vorjahren (86 %), die Mitarbeiter seien freundlich gewesen. 69 Prozent sagten, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden und 83 Prozent (etwas weniger als 2009) hatten den Eindruck, dass die Mitarbeiter für ihre Tätigkeit qualifiziert waren.

> Erfahrungen mit dem öffentlichen Dienst

	Behördenbesucher*)			
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %
Die Angelegenheit wurde sofort bearbeitet:				
– ja	68	64	68	69
– man musste längere Zeit warten	30	34	30	29
Die Mitarbeiter waren für ihre Tätigkeit qualifiziert und ausgebildet:				
– gut	79	82	86	83
– weniger gut, schlecht	15	14	11	13
Die Mitarbeiter waren freundlich**):				
– ja	83	84	84	86
– nein	14	14	13	12

*) Basis: Diejenigen, die im letzten Jahr Kontakt mit Behörden hatten

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

ätung ca. 95 Min. Verspätung ca. 95 M

Ab 16:05 IC 1893

AIBICIDIEFIGI Fr

Min. Verspätung ca. 95

2

Staat und Privatisierung

Frankfurt(Main)Hbf

3. Staat und Privatisierung

3.1 Die Rolle des Staates und das Ausmaß der Bürokratie

Den Befragten wurden auch 2010 wieder zwei Aussagen über die Rolle des Staates in der globalisierten Gesellschaft vorgelegt. Die eine lautete, dass man in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger Staat brauche, weil der Markt letztendlich schon alles richten werde. Die zweite lautete, dass man gerade in einer globalisierten Gesellschaft einen starken Staat brauche, der die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen könne.

Der Auffassung, dass man heute immer weniger Staat brauche, stimmen 2010 noch weniger Bürger zu als schon 2009, 2008 und 2007. Die Zustimmung liegt in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen – mit Ausnahme der FDP-Anhänger – unter 20 Prozent.

> Die Rolle des Staates in einer globalisierten Gesellschaft

36

	Es stimmen der Auffassung zu: In einer globalisierten Gesellschaft braucht man ...							
	... immer weniger Staat, der Markt wird alles richten				... einen starken Staat, der die Bürger vor aus- ufernden Entwick- lungen schützen kann			
	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %	2007 %	2008 %	2009 %	2010 %
Bevölkerung insgesamt	17	16	13	12	66	70	76	77
Beamte	7	6	6	6	74	78	81	85
Tarifangehörige	14	12	8	7	74	78	78	81
Arbeiter	22	22	7	13	70	74	86	72
Angestellte	18	11	12	10	66	71	74	78
Selbständige	24	22	17	18	55	57	68	64
Ost	21	15	11	11	67	76	81	81
West	16	16	14	12	66	69	75	76
Anhänger der:								
CDU/CSU	18	15	15	15	73	73	74	83
SPD	16	14	11	11	68	77	83	80
FDP	22	29	22	20	54	58	69	69
Grünen	12	9	5	3	64	69	77	74
Linkspartei	16	14	10	11	76	74	79	78

Der Auffassung, dass man gerade in einer durch zunehmende Globalisierung geprägten Gesellschaft einen starken Staat brauche, stimmen 2010 77 Prozent aller Bürger zu – etwas mehr als 2009 und deutlich mehr als in den Jahren zuvor.

2010 glauben 73 Prozent, dass sich der Staat nicht mehr gegen die Interessen der international tätigen Konzerne durchsetzen kann, sondern die Wirtschaft letztendlich mache, was sie wolle. Die Einflussmöglichkeiten des Staates wurden somit geringer eingeschätzt als vor einem Jahr, als in der Bankenkrise etwas mehr Bürger den Eindruck hatten, der Staat könne sich durchsetzen.

> Einfluss des Staates auf die Wirtschaft

	Der Staat kann sich noch gegen die Interessen der international tätigen großen Konzerne durchsetzen	
	ja	nein, die Wirtschaft macht, was sie will*)
	%	%
Bevölkerung insgesamt: 2008	20	76
2009	28	68
2010	23	73
Beamte	27	70
Tarifangehörige	20	77
Ost	18	78
West	24	72
14- bis 29-Jährige	35	62
30- bis 44-Jährige	27	69
45- bis 59-Jährige	17	81
60 Jahre und älter	17	76
Arbeiter	17	79
Angestellte	23	73
Selbständige	23	76
Anhänger der: CDU/CSU	30	68
SPD	23	75
FDP	30	69
Grünen	23	74
Linke	12	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der Anteil derer, die meinen, dass der öffentliche Dienst den Steuerzahler zu viel Geld koste, ist 2010 mit 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr (45 %) fast stabil geblieben und liegt somit weiterhin unter dem Niveau von 2007.

> Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja %	nein*) %
Bevölkerung insgesamt:			
	2007	58	37
	2008	50	45
	2009	45	48
	2010	46	48
Beamte		25	72
Tarifangehörige		33	64
Arbeiter		57	40
Angestellte		44	53
Selbständige		56	38
Anhänger der:	CDU/CSU	46	49
	SPD	44	52
	FDP	60	38
	Grünen	34	60
	Linkspartei	47	50

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3.2 Öffentliche Dienstleistungen: staatlich oder privat?

In der öffentlichen Diskussion wird von machen immer wieder eine über den bisherigen Umfang hinausgehende Privatisierung weiterer bislang staatlicher Dienstleistungen gefordert. Trotz aller Kritik am öffentlichen Dienst teilten viele Bürger diesen Ruf nach mehr Privatisierung in den letzten drei Jahren nicht. Die Privatisierungs-Skepsis ist seither eher noch größer geworden. So ist 2010 weiterhin für fast alle Bürger unvorstellbar, dass hoheitliche Aufgaben wie die der Polizei, des Gerichtswesens oder des Strafvollzugs privatisiert werden könnten. Von der Finanzverwaltung, der Feuerwehr und den Schulen kann sich ebenfalls die große Mehrheit nicht vorstellen, diese Dienstleistungen zu privatisieren.

Im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgegangen ist der Anteil derer, die sich eine Privatisierung der Rentenversicherung und der Theater und Museen vorstellen können. Von den Hochschulen, der Müllentsorgung und den Arbeitsvermittlungen meinen 2010 ebenfalls etwas mehr Befragte als 2009, dass diese Leistungen im öffentlichen Dienst verankert bleiben sollen.

> Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

	Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen						
	sollten unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben				könnten ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	sollten unbedingt privatisiert werden*)	
	2007	2008	2009	2010		2010	2010
	%	%	%	%	%	%	
Polizei	97	96	98	97	2	0	
Gerichtswesen	96	95	96	96	2	1	
Strafvollzug	92	91	92	91	6	2	
Finanzverwaltung	85	84	84	84	11	3	
Feuerwehr	83	83	86	85	12	2	
Schulen	76	78	79	78	18	3	
Rentenversicherung	70	71	72	77	16	5	
Hochschulen	66	69	70	71	23	4	
Krankenhäuser	61	63	63	60	32	7	
Müllentsorgung	41	46	45	47	41	12	
Arbeitsvermittlung u. -ämter	40	46	52	53	34	12	
Energieversorgung	40	47	48	46	36	17	
öffentlicher Nahverkehr	39	46	46	45	42	12	
Theater, Museen	33	33	31	36	47	16	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Einschätzung der Leistungen der privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen hat sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Nach wie vor glaubt die Mehrheit der Befragten nicht, dass die Leistungen der abgefragten Unternehmen nach der Privatisierung besser geworden sind.

Lediglich beim Paketdienst und der Telekommunikation glauben einige (47 Prozent bzw. 48 Prozent), dass die Leistungen nach der Privatisierung besser geworden seien als beim früheren Staatsunternehmen Post.

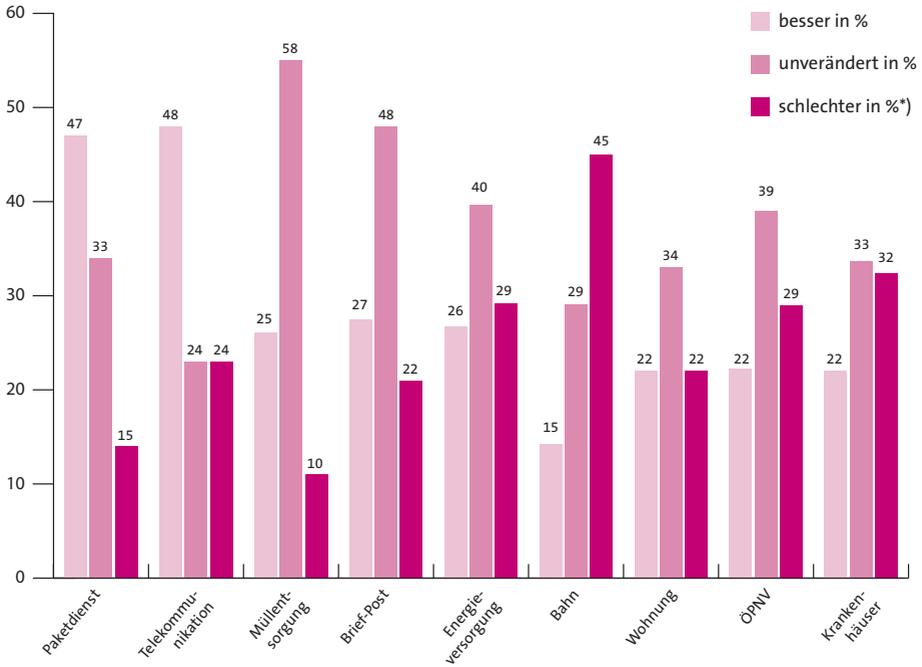
In allen anderen Bereichen (Müllentsorgung, Post, Energieversorgung, Bahn sowie Wohnungen, öffentlicher Nahverkehr oder Krankenhäuser) sieht eine große Mehrheit keine Verbesserungen der Leistungen nach der Privatisierung. Bei der Bahn haben sogar 45 Prozent den Eindruck, die Leistungen seien nach der Teilprivatisierung schlechter geworden.

Gleiches gilt für die Einschätzung der Kosten der privatisierten bzw. zum Teil privatisierten Dienstleistungen. Dass die Leistungen nach der Privatisierung billiger geworden seien, glauben 54 Prozent lediglich für den Bereich der Telekommunikation. Aber auch hier glauben 24 Prozent, die Telekommunikationsdienstleistungen seien nach der Privatisierung teurer geworden und 18 Prozent sehen keine Veränderung der Preise.

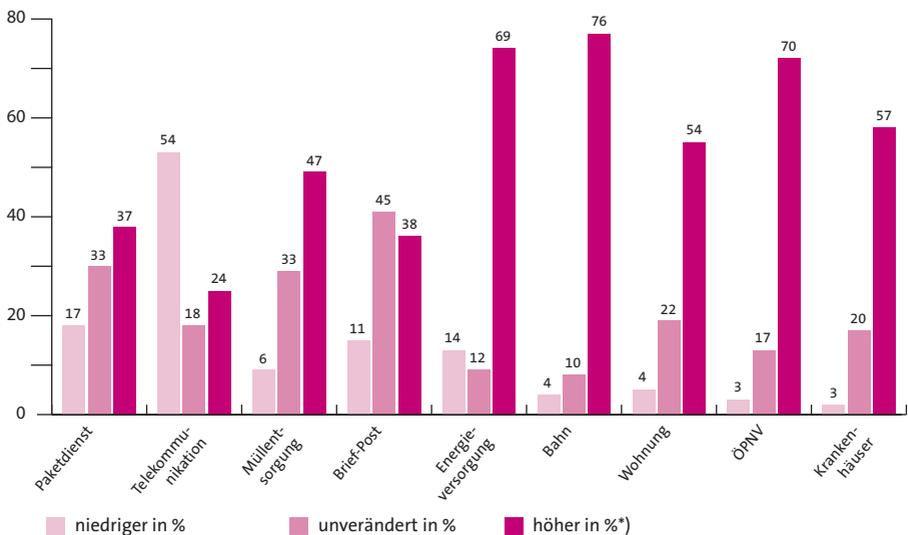
Bei der Müllentsorgung, den Krankenhäusern, den Wohnungen, dem öffentlichen Nahverkehr, der Bahn insgesamt und der Energieversorgung meint eine große Mehrheit, die Preise seien nach der Privatisierung gestiegen.

> Qualität und Kosten von Dienstleistungen nach der Privatisierung

Die Leistungen sind nach der Privatisierung



Die Kosten sind nach der Privatisierung



*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

41 Prozent glauben 2010, dass die jetzt privatisierten Unternehmen sich früher, als sie noch in Staatsbesitz waren, mehr um die Interessen der Menschen gekümmert haben als die privatisierten Unternehmen heute.

46 Prozent glauben, dass auch die staatlichen Unternehmen früher nicht mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen genommen hätten.

> Mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen bei staatlichen Unternehmen?

Die jetzt privatisierten früheren staatlichen Unternehmen haben früher mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen und ihre Versorgung genommen

		ja %	nein*) %
Bevölkerung insgesamt	2008	46	43
	2009	39	48
	2010	41	46
Beamte		50	42
Tarifangehörige		45	45
Ost		45	42
West		40	47
Arbeiter		45	46
Angestellte		41	49
Selbständige		34	56
Anhänger der:	CDU/CSU	40	48
	SPD	45	45
	FDP	35	57
	Grünen	50	39
	Linke	42	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2010 ist der Anteil derer, die dafür sind, noch mehr öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren mit 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Der Anteil derer, die meinen, dass Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt, ist von 50 Prozent (2009) auf 52 Prozent leicht angestiegen.

Dementsprechend ist der Anteil derer, die privatisierte Leistungen wieder in den öffentlichen Dienst überführen wollen, von 29 Prozent (2009) auf 27 Prozent leicht zurückgegangen.

Für weitere Privatisierungen sprechen sich wie schon 2007, 2008 und 2009 in überdurchschnittlichem Maße die Selbständigen sowie die Anhänger der FDP aus.

> Meinungen zu weiteren Privatisierungen

	Es sollten noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden	Das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sollte so bleiben wie jetzt	Privatisierte Leistungen sollten wieder in den öffentlichen Dienst überführt werden*)
	%	%	%
Bevölkerung insgesamt:			
2007	24	50	19
2008	18	52	25
2009	17	50	29
2010	17	52	27
Beamte	18	54	25
Tarifangehörige	15	51	32
Arbeiter	13	54	30
Angestellte	20	50	26
Selbständige	37	37	21
Ost	13	48	34
West	18	53	25
Anhänger der:			
CDU/CSU	18	58	22
SPD	14	55	28
FDP	32	46	17
Grünen	16	53	28
Linkspartei	8	36	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“





Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

4. Die öffentlich Bediensteten: Zufriedenheit und Erwartungen

4.1 Zufriedenheit mit der Einkommenssituation

Mit 76 Prozent haben im Vergleich zu den Vorjahren weniger der öffentlich Bediensteten den Eindruck, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst im Vergleich zu denen in der freien Wirtschaft in den letzten Jahren weniger stark gestiegen seien. Am ehesten meinen dies noch die Beamten und die öffentlich Bediensteten in den alten Bundesländern.

> Einschätzung der Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst (Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft sind die Einkommen im öffentlichen Dienst		
		stärker gestiegen %	in gleichem Maße gestiegen %	weniger stark gestiegen*) %
öffentlich Bedienstete insgesamt:	2007	5	10	82
	2008	5	9	84
	2009	4	10	82
	2010	5	15	76
Beamte		4	14	80
Tarifangehörige		6	16	74
Ost		10	24	59
West		4	14	80

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Allerdings glauben 79 Prozent der öffentlich Bediensteten, dass die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren der der freien Wirtschaft hinterherhinken wird. Der Anteil fällt 2010 wieder etwas höher aus als 2009 und nähert sich dem Niveau von 2007 und 2008 an.

> Vermutete Entwicklung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft werden die Einkommen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren		
		stärker steigen %	in gleichem Maße steigen %	in geringerem Maße steigen*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt:	2007	3	13	84
	2008	4	15	80
	2009	4	19	74
	2010	3	16	79
Beamte		2	13	84
Tarifangehörige		5	18	75
Ost		4	22	70
West		3	15	80
14- bis 29-Jährige		10	25	64
30- bis 44-Jährige		6	15	77
45- bis 59-Jährige		2	16	81
60 Jahre und älter		2	16	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2010 sind nur 41 Prozent der Meinung, dass die Tarifverhandlungen mit einem guten Abschluss geendet haben. 49 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Damit werden die Abschlüsse 2010 etwas kritischer gewertet als die der Vorjahre.

> Meinungen zum Tarifabschluss 2008, 2009 und 2010

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der Tarifabschluss war ein guter Abschluss	
		ja %	nein, nicht so gut*) %
öffentlich Bedienstete			
insgesamt	2008	45	50
	2009	47	44
	2010	41	49
Beamte		40	50
Tarifangehörige		41	49
Männer		42	48
Frauen		40	50
Ost		47	45
West		40	50
18- bis 29-Jährige		57	31
30- bis 44-Jährige		38	51
45- bis 59-Jährige		40	53
60 Jahre und älter		43	44

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Mit 48 Prozent glaubt 2010 erstmals weniger als die Hälfte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst im Vergleich zur freien Wirtschaft zu niedrig sei. Ebenfalls 48 Prozent halten die Bezahlung für angemessen.

> Angemessene Bezahlung im öffentlichen Dienst?

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Im Vergleich zur freien Wirtschaft ist die Bezahlung im öffentlichen Dienst		
		zu hoch %	angemessen %	zu niedrig*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2007	2	42	53
	2008	2	40	56
	2009	2	43	53
	2010	1	48	48
Beamte		1	53	45
Tarifangehörige		2	46	51
Ost		1	56	39
West		2	47	50
14- bis 29-Jährige		5	48	45
30- bis 44-Jährige		1	49	49
45- bis 59-Jährige		1	47	50
60 Jahre und älter		1	54	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2 Einschätzung der Arbeitsbedingungen

Mit ihren jetzigen Arbeitsbedingungen sind 2010 72 Prozent aller öffentlich Bediensteten zufrieden, 14 Prozent unzufrieden; die übrigen sind weder besonders zufrieden noch besonders unzufrieden. Damit ist der Grad der Zufriedenheit 2010 im Vergleich zu den Vorjahren weiter angestiegen.

> Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Es sind mit ihren Arbeitsbedingungen	
		zufrieden %	unzufrieden*) %
öffentlich Bedienstete			
insgesamt	2007	65	20
	2008	64	16
	2009	68	14
	2010	72	14
Beamte		65	18
Tarifangehörige		76	11
Ost		74	10
West		71	15
14- bis 29-Jährige		66	12
30- bis 44-Jährige		72	15
45- bis 59-Jährige		71	15
60 Jahre und älter		77	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weder besonders zufrieden noch unzufrieden“

2010 geben wie schon 2009 40 Prozent aller öffentlich Bediensteten an, dass sich ihre Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert hätten. 23 Prozent – Jüngere und öffentlich Bedienstete in den neuen Bundesländern häufiger – sagen, ihre Arbeitsbedingungen hätten sich verbessert; bei 35 Prozent hat es keine Veränderungen gegeben.

> Entwicklung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst haben sich in den letzten Jahren		
		verbessert	verschlechtert	sind unverändert geblieben*)
		%	%	%
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2007	24	47	27
	2008	18	46	34
	2009	22	40	30
	2010	23	40	35
Beamte		23	47	29
Tarifangehörige		24	34	40
Ost		35	25	37
West		21	47	32
14- bis 29-Jährige		30	29	36
30- bis 44-Jährige		23	36	41
45- bis 59-Jährige		25	42	33
60 Jahre und älter		17	47	33

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass ihre Arbeit in ausreichender Weise durch den Vorgesetzten gewürdigt wird, meinen 2010 60 Prozent der öffentlich Bediensteten. Damit ist der Anteil im Vergleich zu den beiden letzten Jahren nochmals gestiegen. 39 Prozent hingegen fühlen ihre Arbeit nicht in ausreichender Weise gewürdigt.

> Anerkennung durch Vorgesetzte

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Arbeit wird durch den Vorgesetzten in ausreichender Weise gewürdigt	
		ja	nein, es wünschen sich manchmal mehr Anerkennung*)
		%	%
öffentlich Bedienstete			
insgesamt	2007	59	41
	2008	53	46
	2009	56	43
	2010	60	39
Beamte		61	37
Tarifangehörige		59	40
Ost		58	41
West		60	38
14- bis 29-Jährige		61	38
30- bis 44-Jährige		58	42
45- bis 59-Jährige		61	39
60 Jahre und älter		61	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

In Übereinstimmung mit der gewachsenen Zufriedenheit im Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Einkommen ist auch der Anteil derer gestiegen, die den öffentlichen Dienst für einen attraktiven Arbeitgeber halten. 63 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten schätzen den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger als attraktiv ein. 28 Prozent schätzen ihn als nicht so attraktiv, 8 Prozent als unattraktiv ein.

> Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Der öffentliche Dienst ist für Berufseinsteiger		
		attraktiv %	nicht so attraktiv %	unattraktiv*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	57	33	10
	2009	60	30	10
	2010	63	28	8
Beamte		66	27	6
Tarifangehörige		61	28	9
Ost		70	21	8
West		62	29	8
14- bis 29-Jährige		71	25	3
30- bis 44-Jährige		67	24	8
45- bis 59-Jährige		60	29	9
60 Jahre und älter		61	33	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Bezahlung der Referendare und Auszubildenden im öffentlichen Dienst wird 2010 etwas häufiger (50 %) als in den Vorjahren für angemessen gehalten. 32 Prozent schätzen sie als zu niedrig ein.

➤ Meinung zur Bezahlung der Referendare und Auszubildenden

(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Referendare und Auszubildenden im öffentlichen Dienst werden bezahlt		
		angemessen %	zu niedrig %	zu hoch*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	47	36	4
	2009	45	35	4
	2010	50	32	4
Beamte		51	37	6
Tarifangehörige		49	29	4
Ost		50	27	7
West		50	33	4
14- bis 29-Jährige		52	31	8
30- bis 44-Jährige		49	33	4
45- bis 59-Jährige		52	29	5
60 Jahre und älter		42	46	1

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Trotz der relativen Zufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Einkommen werden die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst 2010 wieder etwas schlechter eingeschätzt als im Vorjahr. 68 Prozent – insbesondere die Beamten – meinen, die Aufstiegs- und Karrierechancen seien im öffentlichen Dienst schlechter als in der Privatwirtschaft; 22 Prozent halten sie für gleich.

> Einschätzung der Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst
(Basis: öffentlich Bedienstete)

		Die Aufstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst sind im Vergleich zur Privatwirtschaft		
		besser %	genauso %	schlechter*) %
öffentlich Bedienstete				
insgesamt	2008	7	23	70
	2009	7	26	64
	2010	8	22	68
Beamte		4	17	76
Tarifangehörige		10	25	62
Ost		12	29	55
West		7	20	70
14- bis 29-Jährige		18	18	64
30- bis 44-Jährige		8	25	66
45- bis 59-Jährige		6	20	71
60 Jahre und älter		6	26	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Trotz der zum Teil besseren Beurteilung der Arbeitssituation in der freien Wirtschaft würde 2010 wie auch 2009 nur ein Fünftel der öffentlich Bediensteten in Erwägung ziehen, in die Freie Wirtschaft zu wechseln – wenn es dazu die Möglichkeit gäbe. 2008 hätte das noch ein Viertel in Erwägung gezogen.

> Wechsel in die Privatwirtschaft

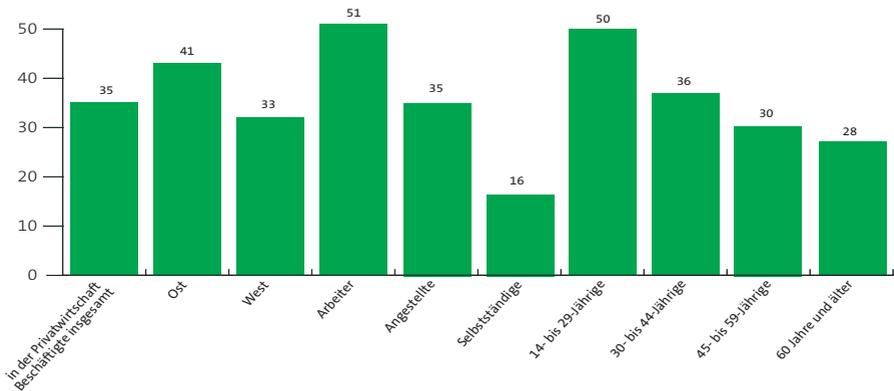
(Basis: öffentlich Bedienstete)

	Es würden in die Privatwirtschaft wechseln, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe		
	2008 %	2009 %	2010 %
öffentlich Bedienstete insgesamt	24	20	20
Beamte	20	17	21
Tarifangehörige	28	22	20
Ost	22	19	12
West	25	20	22
14- bis 29-Jährige	28	29	34
30- bis 44-Jährige	24	18	21
45- bis 59-Jährige	24	18	19
60 Jahre und älter	18	26	17

Im Gegenzug könnten sich 35 Prozent der in der Privatwirtschaft Beschäftigten vorstellen, in den öffentlichen Dienst zu wechseln – wenn es die Möglichkeit dazu gäbe. Von den Arbeitern und unter 30-Jährigen kann sich das sogar jeder zweite vorstellen.

> Wechsel in den öffentlichen Dienst (in der Privatwirtschaft Beschäftigte)

Es würden in den öffentlichen Dienst wechseln,
wenn es die Möglichkeit dazu gäbe in %



5. Zusammenfassung

Das Bild des öffentlichen Dienstes bei den Bürgern fällt 2010 alles in allem relativ stabil und somit wiederum positiver aus als in den Jahren 2007 und 2008.

So wird das Ansehen der Beamten in der Bevölkerung zwar weiterhin mehrheitlich als eher niedrig eingeschätzt, dem Beamten werden jedoch in großem Maße positive Tugenden, wie Pflichtbewusstsein, Verantwortungsbewusstsein, Rechtschaffenheit und Zuverlässigkeit zugeschrieben.

Auch die Behördenerfahrungen unterscheiden sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig und fallen mehrheitlich positiv aus: So werden die Behördenmitarbeiter unter anderem von über 80 Prozent der Befragten als qualifiziert und freundlich wahrgenommen.

Zwar gibt es bei den Bürgern immer noch Zweifel an der Effizienz des öffentlichen Dienstes, doch wird die Notwendigkeit eines starken Staates nach wie vor gesehen. Dies liegt sicherlich auch daran, dass der Anteil derer, die meinen, die Wirtschaft mache was sie wolle, 2010 wieder zugenommen hat. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Skepsis gegenüber weiteren Privatisierungen von bisher staatlich geführten Unternehmen hoch.

Positive Veränderungen zeigen sich in den Einschätzungen der eigenen Lage durch die öffentlich Bediensteten. So ist ein wachsender Teil der öffentlich Bediensteten zufrieden mit ihrem derzeitigen Einkommen und den Arbeitsbedingungen. Dementsprechend wird auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger höher eingeschätzt als in den vorhergehenden Jahren.

Der Anteil derer, die einen Wechsel in die Privatwirtschaft anstreben würden, sofern dieser möglich wäre, bleibt mit 20 Prozent stabil auf dem Vorjahresniveau und fällt erneut geringer aus, als der Anteil der in der Privatwirtschaft Beschäftigten, die einen Wechsel in den öffentlichen Dienst favorisieren.